



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 25./26. Januar 2022

Nachdem wir uns zwischenzeitlich drei Mal im Kantonsratsaal getroffen haben, hat sich die Ratsleitung wieder für die externe Variante entschieden. So tagten wir erneut in Grenchen – geimpft, getestet, maskiert und mit viel Abstand... die Angst vor «Omi» scheint gross.

Traktandiert waren mit dem Volksschulgesetz und der Steuerinitiative zwei grosse Brocken. So blieb kaum Platz für weitere Geschäfte und die Session dauerte länger als geplant (am zweiten Tag bis 15:30 Uhr statt bis 13 Uhr). Die neue Ratspräsidentin war gefordert und stiess am Schluss sinnbildlich einen tiefen Seufzer der Erlösung aus – blöd für sie war, dass das Mikrofon noch an war; es konnten jedoch alle mit ihr fühlen.

Das **Volksschulgesetz** wurde nach über 50 Jahren überarbeitet. Dabei ging es primär um Aktualisierungen an die heutigen Gegebenheiten. Dennoch hatte es genügend «Zündstoff» drin. Innerhalb der vorberatenden Kommission (BIKUKO) wurde insgesamt vier Mal (!) darüber beraten und trotzdem lagen im Rat noch diverse Anträge vor.

Beschlossen wurde die Einführung einer Bildungs-ID. Diese war aus Datenschutzgründen bereits im Vorfeld umstritten, wurde aber schlussendlich von der Mehrheit unterstützt. Ausgeweitet werden soll die Berufsausübungspflicht. Ebenfalls neu eingeführt sind Meldepflichten und Melde-rechte. Trotz den vielen Diskussionen und unterschiedlichen Meinungen innerhalb der Detailberatung: Am Schluss stimmten alle Anwesenden dem neuen Gesetz zu.

Fast noch emotionaler ging es bei der **Steuerinitiative** «Jetzt si mir draa» zu und her. Der Regierungsrat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der (bis auf die SVP) von allen Parteien als ein guter, tragbarer und austarierter Kompromiss bezeichnet wurde. Rein sachlich wäre daher eine ziemlich ruhige und auch kurze Debatte möglich gewesen – wenn die SVP nicht Galerie-Politik hätte machen wollen.

Im Vorfeld hat diese nämlich diverse Anträge eingereicht. Bei allein drei davon forderte sie die Rückweisung. Dabei waren die Argumente teils so speziell, dass wir uns fragten, was damit genau bezweckt werden soll. Die Antwort schien offensichtlich: Die SVP versuchte mit allen Mitteln, dass das Geschäft in der Januar-Session nicht zu Ende besprochen kann und somit verschoben werden muss. Um dieses taktische Manöver zu unterbinden, hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, dass die Vorlage zwingend am Mittwoch fertig besprochen werden müsse, die Session also bei Bedarf verlängert wird. Dies haben alle Parteien (ausser SVP) unterstützt. Die SVP ihrerseits – merkend, dass ihre ursprüngliche Taktik somit nicht mehr aufgeht – hat anschliessend rechtliche Schritte für diese Verlängerung angedroht.

So war es politisch-taktisch ein spannendes und teils auch amüsanter Schauspiel. Und aufgrund der Rekursandrohung ist es gut möglich, dass es noch einen weiteren Akt geben wird. Inhaltlich änderte sich nichts daran, dass eine grosse Mehrheit die Initiative ablehnte und dem Gegenvorschlag zustimmte. Im Mai kann nun das Volk darüber abstimmen.

### In Kürze

Besprochen wurde die Gesetzesinitiative «**Weniger Sozialhilfe für Scheinflüchtlinge**». Sie hatte jedoch keine Chance. Auch diese Abstimmung wird voraussichtlich im Mai stattfinden. Eingereicht, beantwortet und auch noch behandelt wurde eine dringliche Interpellation aus unserer Fraktion zum Thema «**repetitives Testen und Maskenpflicht**» an den Schulen.

Die nächste Session findet am 22./23./30. März 2022 statt.

### Persönlich

Kommissionssprecher war ich bei der Anpassung der **Steuergesetzgebung**. Unter anderem wurde dort mein Auftrag zum Thema «Schenkungssteuern» umgesetzt, welchen ich 2020 eingereicht habe.

Ein Votum hielt ich bei der «**Steuerinitiative**». Wie schon öfter habe ich mich noch einmal klar gegen die Initiative ausgesprochen, weil sie schlicht nicht finanzierbar und nicht umsetzbar wäre. Den Gegenvorschlag allerdings habe ich von Anfang an unterstützt. Damit werden die tiefen und mittleren Einkommen sowie die Familien steuerlich gezielt entlastet.

Als Direktbetroffener hielt ich zudem ein Votum zum neuen **Volksschulgesetz**, konkret zu den neuen Bestimmungen im Privatunterricht. Leider hat es der Kantonsrat hier verpasst, eine liberalere Version im Gesetz festzuschreiben – zu wenig Politiker kennen bzw. interessieren sich für dieses interessante Schulmodell.

*André Wyss*